

Zur Lage in Gaza

EINE PROTESTBEWEGUNG NIMMT KURS AUF DIE ISRAELISCHE GRENZE UND DAS MILITÄR REAGIERT MIT GROßER HÄRTE. EINE ZWISCHENBILANZ

Aktuelle Lage

Seit dem 30. März 2018 finden in Gaza Demonstrationen und Proteste statt. Die Kampagne wurde von Vertretern der Zivilgesellschaft langfristig vorbereitet und verbindet zwei wichtige Gedenktage: zum einen den „Tag des Bodens“, der an die israelische Landenteignung von Palästinensern in Galiläa am 30. März 1976 erinnert. Bei Unruhen, die damals einsetzten, wurden sechs palästinensische Israelis getötet. Zum anderen steuert die Protestbewegung auf den 15. Mai zu, an dem die Palästinenser der Flucht und Vertreibung von etwa 750.000 Palästinenserinnen und Palästinensern in Folge des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948/49 erinnert (Nakba-Tag, zu Deutsch: Katastrophe). Die Israelis dagegen feiern an diesem Tag ihren Unabhängigkeitstag, der sich in diesem Jahr zum 70. Mal jährt. Die Feierlichkeiten nimmt die US-Regierung zum Anlass, um am 14. Mai die US-Botschaft in Jerusalem zu eröffnen.

Die 45 Tage, über die der Protest sich erstrecken soll, stehen unter der Überschrift „Großer Marsch der Rückkehr“. Israel hat in den vergangenen zwei Wochen mit großer Härte auf die Proteste an der Grenze reagiert – zur Empörung vieler internationaler Beobachter. Bislang wurden ca. 30 Palästinenser getötet und über 2.000 verletzt.¹

Was fordern die Palästinenser?

Im Vorfeld der Proteste haben die Organisatoren Ahmad Abu Rtemah, Salah Abdel Atty und Hasan al-Kurd ihre Forderungen öffentlich verbreitet: (1) Entwicklung einer neuen Strategie zur Erreichung der Unabhängigkeit, (2) Erinnerung an das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und (3) Kritik am Kurs der US-Regierung.² Insgesamt will man damit die internationale Aufmerksamkeit zurückgewinnen.³

In Gaza leben 1,2 der 5,15 Millionen registrierten UNRWA-Flüchtlinge.⁴ Die Palästinenser berufen sich auf Resolution 194 der VN-Generalversammlung von 1948. Sie sieht ein Rückkehrrecht für alle Flüchtlinge und deren Nachkommen vor, die 1948 aus ihrer Heimat flüchteten oder von dort vertrieben wurden. Wer auf sein Rückkehrrecht verzichtet solle entschädigt werden. Im Gespräch betonten zwei der Organisatoren, dass das Rückkehrrecht genutzt wird, um Druck auf Israel auszuüben: Man erwarte die Einhaltung des Völkerrechts und eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Deshalb gelte auch die internationale Staatengemeinschaft als Adressatin des Protests.⁵

² Hana Salah, Gazans hope protests lead to change as border clashes turn deadly, Al-Monitor, 06.04.2018 [<https://bit.ly/2GSVgGR>].

³ Telefoninterview (Frings) mit Ramez Ghoul, 12.04.2018.

⁴ Ahmad Abu Rtemah, With the Great Return March, Palestinians Are Demanding a Life in Dignity, The Nation, 06.04.2018, [<https://bit.ly/2EoYuje>].

⁵ Skype-Interview (Frings) mit den Protestorganisatoren Salah Abdel Atty/Isam Hammad (Gaza), 12.04.2018.

¹ Zahlen des PA-Gesundheitsministeriums; Telefoninterview (Frings) mit Ramez Ghoul (al-Jazeera, Gaza), 12.04.2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

Alle Organisatoren betonen, dass ihre Bewegung Gewalt ablehne und an die Israelis die Botschaft sende wolle, gemeinsam mit ihnen in Frieden leben zu wollen.⁶ Zugleich wolle man in Verhandlungen eine gerechte Lösung für die Flüchtlingsfrage finden. Ein Leben in Würde und ein Ende des Leids stünden laut Organisatoren im Mittelpunkt.⁷ Die Proteste sollten in sicherer Entfernung von der israelischen Grenzanlage stattfinden; ein Eindringen in das israelische Territorium sei weiterhin nicht beabsichtigt.

Während zunächst (30. März) 30.000 und eine Woche später (6. April) bis zu 20.000 Palästinenser friedlich und in sicherer Distanz zur Pufferzone vor der israelischen Grenzanlage demonstrierten, fokussierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf wenige gewaltbereite Demonstranten und auf den Umstand, dass Hamas die Demonstration für eigene Anliegen instrumentalisierte. Zwar veränderte sich dadurch nicht das Vorgehen der mehrheitlich friedlichen Demonstranten, aber die Hamas-Beteiligung erschwerte eine positive Darstellung des Protests.⁸ Lediglich zwei der 20 Organisatoren gelten als Hamas-nah, während grundsätzlich alle politischen Bewegungen den Protest rhetorisch unterstützen. Einzig Hamas setzte dieses Bekenntnis in Taten um und leistete umfassende logistische Hilfe.

Wie die islamistische Bewegung insgesamt zu den Protesten steht, ist unklar. Ein als moderat geltender Hamas-Vertreter äußerte sich in der englischsprachigen Presse zurückhaltend: „Niemand spricht davon, die Grenze zu übertreten.“⁹ Dem gegenüber stehen Meinungsartikel in arabischen Medien. So schreibt Issam Shawer in der Hamas-nahen Zeitung *Filistin*, dass es den Islamisten nicht um eine Rückkehr an den

Verhandlungstisch gehe. Stattdessen werden der Osloer Friedensprozess und die PLO abgelehnt und eine Rückkehr in die „Heimat“ gefordert.¹⁰ Auch das online-Journal *Rai al-Youm* betont, dass Hamas, Islamischer Jihad und die säkulare PFLP eine Front gegen die Fatah bildeten, um gemeinsam eine Revolution gegen die Autonomiebehörde voranzutreiben.¹¹ Im Gegensatz dazu spricht der Hamas-Chef in Gaza Sinwar davon, den Sperrzaun zu durchbrechen und in israelisches Kerngebiet vorzudringen.¹²

Tausende Menschen an Israels Grenze

Die schiere Masse an Menschen vor den eigenen Toren stellt für Israel ein Problem enormen Ausmaßes dar. Dem Staat geht es vor allem um den Schutz der eigenen Außengrenzen. Unerheblich ist dabei zunächst, ob die Demonstranten ihrer Forderung mit Gewalt Ausdruck verleihen oder nicht. Eine etwaige Öffnung der Grenzen von Gaza nach Israel und ein Zustrom von rund 2 Millionen in Gaza lebenden Palästinensern ist für Israel keine Option. Ein Bevölkerungszuwachs um 25 % würde das gut 8,3 Millionen Bewohner fassende Israel zweifelsohne überfordern.

Israels Sicherheitsbedenken: die Furcht vor Anschlägen

Hinzu kommen Sicherheitsbedenken. Die in Gaza herrschende Hamas vertritt erklärtermaßen das Ziel, Israel zu vernichten. Der letzte Krieg mit der Terrororganisation ist gerade vier Jahre her. Die Hamas hatte im Juli und August 2014 mehrere tausend Raketen auf israelisches Gebiet abgefeuert, das israelische Militär hatte mit zahlreichen

⁶ Ebd.; Rami Younis, Gaza ‚Return March‘ organizer: ‚We‘ll ensure it doesn‘t escalate to violence – on our end‘, +972, 27.03.2018 [https://bit.ly/2GB1bU2].

⁷ Rami Younis, +972, 27.03.2018.

⁸ Zum Verhältnis friedliche Demonstranten/gewaltbereite Aktivisten: David M. Halbfinger, Though Deadly, Gaza Protests Draw Attention and Enthusiasm, The New York Times, 07.04.2018 [https://nyti.ms/2H7oPrk].

⁹ Nir Gontarz: Senior Hamas official: ‚I think that we can all live here in this land – Muslims, Christians and Jews‘ (Interview mit Ahmed Yousef), Haaretz, 28.03.2018 [https://bit.ly/2GUH9S3].

¹⁰ Issam Shawer, Unser Ziel ist die Rückkehr in das Land, nicht die Rückkehr an den Verhandlungstisch, al-Filistin, 02.04.2018 [https://bit.ly/2Hc7bmx].

¹¹ O.N., Der Marsch der Rückkehr korrigiert die palästinensische Strategie, Rai al-Youm 03.04.2018 [https://bit.ly/2Hz3tRL].

¹² „They have affirmed that their destination will be in the direction of those borders in order to remove them and implement the right of return and our people’s permanent positions that cannot be conceded,“ so der Wortlaut von Yahya Sinwar, Führer der Hamas in Gaza, 6. April 2018, wiedergegeben nach N.A., Hamas Chief: We will remove the borders and implement the right of Return, *Jerusalem Post*, 06.04.2018 [https://bit.ly/2GP51K2].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

Gegenschlägen geantwortet. Die rund einhalb Monate andauernden Kampfhandlungen kosteten etwa 2.100 Menschen das Leben, die meisten davon (ca. 2.000) auf palästinensischer Seite, darunter auch viele Zivilisten. Nun nimmt die Hamas für sich in Anspruch, die aktuellen Protestwelle entscheidend mitzuverantworten: „Es gibt keinen Kompromiss zu Jerusalem“, verkündete der Chef des Politbüros der Hamas, Ismael Haniya, „keine Alternative zu Palästina und keine andere Lösung als die Rückkehr“. Dass Haniya damit das aus israelischer Sicht Unmögliche, nämlich die Auflösung eines jüdischen Staates zugunsten der Schaffung einer palästinensischen Entität fordert, dürfte Kalkül sein. Sollte der Sperrzaun zwischen Gaza und Israel also durchbrochen werden, so befürchten israelische Sicherheitskreise, bestünde Grund zu der Annahme, dass die Grenzübertreite von einem Teil der Aktivisten für Terroranschläge genutzt würden. Im letzten Gaza-Krieg hatte die Hamas wiederholt Versuche unternommen, Geiseln zu nehmen und in die Küstenregion zu verschleppen. Mit Grenzorten wie Sderot oder Yad Mordechai in unmittelbarer Nachbarschaft des Gazastreifens vermögen israelisches Militär und Grenzpolizei einen vollständigen Schutz der Zivilbevölkerung bei Durchbrechen des Zaunes nicht zu garantieren. Ein solcher Kontrollverlust der Sicherheitskräfte gilt als Israels größte Sorge. Diesem versucht man vorzubeugen.

Der Umstand, dass die Hamas es geschafft hat, sich die Führung der Demonstrationen in der Wahrnehmung Israels anzueignen und nun als Vertreter der palästinensischen Sache aufzutreten, vereinfacht den Sachverhalt aus israelischer Sicht erheblich. Denn durch die Einmischung der Terrororganisation gelten die Demonstrationen aus Sicht des israelischen Militärs nicht länger als zivil und friedlich, und niemand in Israel bestreitet, dass man sich gegen Angriffe einer solchen Organisation schützen muss.¹³ Dass sich unter die vielen friedliche Demonstranten offensichtlich bewaffnete

Kämpfer des militärischen Arms der Hamas mischen, die im Schutz der Rauchsäulen und Zivilisten Sprengvorrichtungen am Zaun anbringen, rechtfertigt nach Meinung vieler Israelis folglich das äußerst harte Vorgehen israelischer Militärs.

Das israelische Dilemma: Rückkehrrecht und jüdischer Staat

Die Intensität der Debatte und der Reaktionen in Israel auf den „Marsch der Rückkehr“ werden darüber hinaus entscheidend von der eingangs erläuterten Diskussion um das Rückkehrrecht befeuert. Grundlage der Problemstellung bildet dabei das Selbstverständnis Israels als jüdischer Staat. Sollte es im Rahmen einer zukünftigen Friedenslösung zur Rückkehr der Nachkommen der Palästinaflüchtlinge von 1948 kommen – ihre Zahl beläuft sich auf derzeit ca. 5,1 Millionen registrierte Flüchtlinge der UNRWA¹⁴ – dann würde dies bei rund 6,1 Millionen jüdischen Israelis eine jüdische Mehrheit und damit besagten jüdischen Charakter des Staates nachhaltig verändern. Aus diesem Grund war das Thema bei allen bisherigen Regierungen Israels ein rotes Tuch, bei dem sie zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren und sind. Die Forderung nach Rückkehr der Demonstranten im Rahmen des gleichnamigen Marsches ist für Israel unannehmbar.

Einordnung des israelischen Vorgehens und Reaktionen

Als erste Reaktion auf die Protestankündigungen hatte Israel zunächst mit der Verlegung von rund 100 Scharfschützen verschiedener Sondereinheiten und der Aufschüttung von Erdbarrikaden entlang des Gazastreifens reagiert. Das Militär forderte die Demonstranten auf, die um den Grenzzaun bestehenden Sperrzone einzuhalten. Sollten dennoch Versuche unternommen werden, den Grenzzaun zu überwinden, so

¹³ IDF Tweet, 30.03.2018: „Hamas is responsible for violent riots and everything taking place under its jurisdiction. The IDF will not allow the security fence to be turned into an area of terror“

¹⁴ Laut offiziellen UN-Angaben:
<https://www.unrwa.org/where-we-work>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

die Anweisung des israelischen Militärs, dürfe scharfe Munition eingesetzt werden.¹⁵

Trotz der Ankündigungen war das Resultat des ersten Protesttages erschütternd: 15 Tote und knapp 1400 verletzte Demonstranten.¹⁶ Tags darauf präsentierte das israelische Militär Hinweise, wonach mindestens 10 der 15 Opfer namentlich bekannte Mitglieder von Terrororganisationen gewesen seien.¹⁷ Anlässlich des zweiten Protesttages (6. April) wuchs die Zahl der Todesopfer auf mindestens 29 an. Israelischen Angaben zufolge reagiert das Militär damit auf weitere Durchbruchversuche seitens der Demonstranten und auf den kontinuierlichen Angriff mit Steinen und Brandbomben. Die Angaben beider Seiten sind in diesem Kontext nicht stichhaltig zu überprüfen. Der Eindruck bleibt, dass die Zahlen angesichts der verhältnismäßigen Kürze der Proteste unverhältnismäßig hoch erscheinen.

Angesichts dieser Opferzahlen mahnten internationale Akteure, darunter die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung, zu Besonnenheit und forderten eine Aufklärung der tödlichen Vorfälle. Derartigen Forderungen steht man in Israel selbst jedoch großteils kritisch gegenüber. Lediglich Tamar Zandberg, Vorsitzende der linken Oppositionspartei Meretz, sah bisher die Notwendigkeit zu unabhängigen Untersuchungen der Todesfälle an der Grenze. Die „schießwütige Politik“¹⁸ israelischer Soldaten dürfe nicht die Norm werden, so Zandberg. Die Menschenrechtsorganisation B'tselem rief Soldaten des IDF dazu auf, Schießbefehle auf unbewaffnete Zivilisten zu verweigern.¹⁹ Gegenreaktionen aller politischen Richtungen ließen nicht

lange auf sich warten. Verteidigungsminister Avigdor Lieberman attackierte die Oppositionspolitikerin scharf und beschuldigte sie, palästinensische Interessen zu vertreten. Jedwede Versuche, die Todesfälle an der Grenze durch einen Untersuchungsausschuss zu prüfen, werde man bekämpfen. Dies zu fordern sei Heuchelei.²⁰ Ayelet Nahmias-Verbin, Abgeordnete der Zionistischen Union, warf Zandberg die „Delegitimierung von IDF-Soldaten vor.“ Ähnlich schützend stellten sich viele weitere führende Personen vor das israelische Militär.

Weiteren Zündstoff erhielt die Diskussion über die Verhältnismäßigkeit der Gewaltanwendung durch ein Video, das am 8. April im Internet lanciert wurde. Die Aufnahmen zeigen einen palästinensischen Jugendlichen hinter dem Grenzzaun in Gaza, der, begleitet von Anfeuerungsrufen israelischer Soldaten, vom Schuss eines IDF-Scharfschützen getroffen wird.²¹ Das israelische Militär gab an, die Aufnahmen seien bereits mehrere Monate alt und hätten mit den gegenwärtigen Protesten nichts zu tun.²² Zahlreiche führende Politiker, zuvorderst Bildungsminister Naftali Bennett, meldeten sich nach Bekanntwerden des Clips zu Wort. Es sei sehr einfach in Tel Aviv vor seinem Fernseher zu sitzen und Urteile zu fällen, während die Soldaten „damit beschäftigt sind, unsere Grenzen zu schützen.“²³ Der Likud-Abgeordnete Oren Hazan formulierte es drastischer: „Wir haben es davor gesagt: jeder der sich der Grenze nähert, bewaffnet oder nicht, kriegt eine verpasst.“ Das sei eine „klare Botschaft an die andere Seite.“²⁴ Andere Knesset-Mitglieder räumten ein, dass das Video schwer zu ertragen sei, so zum Beispiel der rechtskonservative

¹⁵ Alex Fishman, Yossi Yehoshua, Eisenkot says Israel deployed 100 sharpshooters on Gaza border for Palestinian protests, *YnetNews*, 28.03.2018 [<https://bit.ly/2GVVUmK>].

¹⁶ Khaled Abu Toameh, Abbas says Israel fully to blame as death toll in Gaza clashes rises to 15, *Times of Israel*, 30.03.2018 [<https://bit.ly/2GSWK82>].

¹⁷ Ari Judah Gross, IDF: At least 10 of the 15 killed at Gaza border were members of terror groups, *Times of Israel*, 31.3.2018 [<https://bit.ly/2GLM36m>].

¹⁸ Moran Azulay, Meretz leader Zandberg calls for inquiry into Gaza border deaths, *YnetNews*, 31.03.2018 [<https://bit.ly/2GOIehu>].

¹⁹ B'tselem, Why Israeli soldiers must refuse to fire at unarmed Palestinian protesters, 03.04.2018 [<https://bit.ly/2Ivyv0j>].

²⁰ N.A., Israeli Defense Chief Accuses Left-wing Meretz of 'Representing Palestinian Interests', *Haaretz*, 01.04.2018 [<https://bit.ly/2GOZGIX>].

²¹ Yaniv Kubovich, Video Shows Motionless Palestinian Shot by Israeli Sniper to Sound of Soldiers' Cheers, *Haaretz*, 09.04.2018 [<https://bit.ly/2HdBHMS>].

²² IDF Tweet: „Regarding the short video showing the soldiers on the Gaza Strip border – this appears to be an incident which took place several months ago. The incident will be investigated and examined in a thorough manner.“

²³ N.A., Israeli Ministers Defend Soldiers Filmed Cheering in Sniper Video, *Haaretz*, 10.04.2018 [<https://bit.ly/2qjhprp>].

²⁴ Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

Likud-Politiker Yehuda Glick. Die Aufnahmen seien „verstörend und enttäuschend“. ²⁵

Bereits zwei Tage zuvor hatte der Tod des palästinensischen Journalisten Yaser Mur-taja national wie international für einen Aufschrei gesorgt. ²⁶ Auch er scheint nach derzeitigem Stand, trotz gut sichtbarer Weste mit der Aufschrift „Press“, durch einen israelischen Scharfschützen getötet worden zu sein. Das IDF hatte diese Angaben zunächst mit dem Hinweis zurückgewiesen, Mur-taja sei weithin bekanntes Hamas-Mitglied gewesen. Lieberman bekräftigte diese Behauptung mehrfach. ²⁷ Überhaupt gebe „es keine unschuldigen Menschen in Gaza“, so der Minister. ²⁸ Wie auch im Falle des o. g. Videos, und einiger Todesfälle am Grenzzaun, hat das Militär mittlerweile unabhängige Untersuchungen angekündigt.

Humanitäre Krise in Gaza

Für die Menschen in Gaza ist der Protest eine willkommene Chance, ihren Unmut zu artikulieren. Sie sieht sich in Geiselhaft für die Verantwortungslosigkeit ihrer eigenen Führung(en) genommen. Zudem steht sie unter einer Blockade, die seit elf Jahren von Israel und Ägypten aus Sicherheitsgründen aufrechterhalten wird. Die Grenze zum Sinai war 2017 an nur 36 Tagen geöffnet. ²⁹

Folglich sind mehrere Akteure – vor allem Israel, Ägypten, Hamas und Fatah – für die humanitäre Krise verantwortlich: 80 Prozent der Menschen sind auf ausländische Hilfe angewiesen, die Arbeitslosigkeit liegt bei 48 Prozent, Strom ist Mangelware und die defizitäre Wasserversorgung befördert den

Ausbruch von Seuchen. ³⁰ Verschärft wird die Lage aufgrund der unsicheren Finanzierungslage von UNRWA. Das Flüchtlingshilfswerk übernimmt staatsähnliche Dienstleistungen für Flüchtlinge: 272.000 Schülerinnen und Schüler besuchen ihre Schulen, während nur 90.000 Kinder Schulen der Autonomiebehörde besuchen. Die Hilfe kann für die zweite Jahreshälfte derzeit nicht garantiert werden, weil die USA ihre Finanzzusagen reduziert haben und UNRWA daraufhin mit einem Defizit von einem Drittel des jährlichen Gesamthaushalts in das Jahr 2018 gestartet ist. ³¹ Insgesamt ergibt sich heute ein noch düsteres Bild als 2015, als die Vereinten Nationen warnten, Gaza könne bis 2020 unbewohnbar werden. ³²

Spaltung zwischen Fatah und Hamas: Umdenken bei der Hamas

Um die Spaltung zwischen Fatah und Hamas zu überwinden, wurde im vergangenen Herbst ein sechster Anlauf zur nationalen Aussöhnung unternommen. Die ägyptische Initiative löste zunächst Optimismus aus, ist aber zwischenzeitlich einer Resignation gewichen. Solange die Hamas-Milizen nicht entwaffnet werden, wird es aus Sicht der Fatah keine Perspektive auf Annäherung geben können. Zentrale Themen einer möglichen Versöhnung, zu der auch Gehaltszahlungen von Hamas-Beamten gehören, wurden bislang nicht diskutiert. ³³

Das Auseinandertriften hat zuletzt spürbar zugenommen: für einen gescheiterten Attentatsversuch auf Ministerpräsident Rami Hamdalla und den Chef der Sicherheitskräfte Majed Faraj am 13. März 2018 machte Abbas öffentlich die Hamas verantwortlich, obgleich bis heute die Hintergründe nicht aufgearbeitet sind. ³⁴ Bereits im vergangenen Jahr sanktionierte die Autonomiebehör-

²⁵ Ebd.

²⁶ Siehe z.B. Loveday Morris, Hazem Balousha, Israel says slain journalist was a Hamas spy. The U.S. had just approved a grant for his company, *Washington Post*, 10.04.2018 [<https://wapo.st/2EEs04H>]; Reuters, Staff, Palestinian journalist killed in Israel-Gaza protests, *Reuters*, 07.04.2018 [<https://reut.rs/2GUmAVc>].

²⁷ Matan Tzuri, Lieberman: Slain Gaza reporter was Hamas militant, *YnetNews*, 11.04.2018 [<https://bit.ly/2qohwBa>].

²⁸ Tovah Lazaroff, 'There are no innocents in Gaza', says Israeli Defense minister, *Jerusalem Post*, 08.04.2018 [<https://bit.ly/2qpYbQT>].

²⁹ In dieser Zeit haben 35.000 Personen die Grenze (beide Richtungen) passiert. Vgl. Ocha Ost-Jerusalem [<https://bit.ly/2k3q2Gp>].

³⁰ Shira Efron, Gaza on the Brink, U.S. NEWS, 05.03.2018 [<https://t.co/4r4uPoRYB9>].

³¹ Interview (Frings) mit Matthias Schmale, UNRWA-Direktor Gaza, 28.02.2018, Gaza-Stadt.

³² United Nations (2012): Gaza in 2020: a liveable place? [<https://bit.ly/2pSW9u1>].

³³ Interview (Frings) mit einem Fatah-Vertreter, der an den Verhandlungen teilnimmt, 12.03.2018, Ramallah.

³⁴ Vgl. Ahmad Abu Rtemah, the Nation, 06.04.2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

de die Islamisten, wobei in der Folge nur das Leid unter der Bevölkerung zunahm.³⁵

Obgleich die Mehrheit Abbas und dessen Fatah-Bewegung für die verfahrenere Lage verantwortlich macht, muss sich Hamas um gesellschaftliche Akzeptanz bemühen. Deshalb erscheint es nur konsequent, dass sie auf den fahrenden Zug gesprungen ist, um die Demonstrationen logistisch und ideell zu unterstützen. Bereits nach dem ersten Protestwochenende feierte sie sich als Gewinnerin der Unruhen, weil sie sich solidarisch an der Seite der Menschen zeigte. So lenkt sie geschickt von ihrem eigenen Versagen ab und dirigiert die Frustration an die Adressen Israels und der Fatah. In Gaza selbst herrscht die Stimmung, dass die Hamas eine von vielen politischen Bewegungen und folglich auch Teil des nationalen Widerstands ist.³⁶ Die Organisatoren wollen die Demonstrationen erst ruhen lassen, wenn ein Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 entsteht.³⁷

Während die Fatah zwischen Machterhalt der Abbas-Clique und internen Spaltungerscheinungen määndert, geht die Hamas in ihrer strategischen Profilierung weiter: nach (scheinbaren) ideologischen und (tatsächlichen) personellen Erneuerungen im vergangenen Jahr, behauptet sie nun, erstmals auf den bewaffneten Kampf gegen Israel zu verzichten. Damit reagiert man – zumindest für den Augenblick – auf die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, die seit 2008 Opfer dreier Kriege geworden ist.³⁸

Stattdessen inkorporiert sie den „zivilen Widerstand“. Dass dabei brennende Autoreifen, Steinschleudern und explosives Material zum Einsatz kommen, ist aus ausländischer Beobachterperspektive irritierend, bedeutet

aber für die islamistische Organisation – und deren Wahrnehmung vor Ort – eine 180 Grad-Wende. Aus Hamas-Kreisen wird verlautet, man unternehme alles, um die Gewaltfreiheit der Proteste zu erhalten.³⁹ Dies steht im Widerspruch zu entsprechenden Gewaltbildern, die in Israel verbreitet werden und der Hamas zugeschrieben werden. Solange aber keine klare militärische Gewalt von der Hamas ausgeht, bleibt der Charakter des Protests zivil.

Das Momentum wird bleiben

Die Proteste der vergangenen Wochen werden von der Jugend – und der Breite der Gesellschaft – im Gazastreifen getragen. 70 Prozent der Menschen sind 29 Jahre oder jünger. Für das Gros dieser Palästinenser hat sich das gesamte Leben in dem 365 Quadratkilometer kleinen Landsegment abgespielt. Insofern wäre es zu kurz gegriffen, die Protestteilnehmer auf die Rolle einer willigen Proteststaffage der Hamas zu reduzieren: „Die Jugend tanzt nicht nach der Pfeife der Hamas, sondern kommt aus freien Stücken“, kommentiert der Analyst Mohammad Shahada.⁴⁰ Die Demonstrationen sind somit auch Ausdruck der politischen und biographischen Perspektivlosigkeit, die die junge Generation eint. Insofern bleibt der Protestzug ein nationales Anliegen, markiert durch palästinensische Flaggen, während die typischen grünen und gelben Banner von Hamas und Fatah fehlen.⁴¹ Die Organisatoren hoffen so, zur Überwindung der politischen Spaltung beizutragen.⁴²

Ein weiterer Faktor, der die Menschen handeln lässt, ist die mangelnde arabische Solidarität. Derzeit geht eine Mehrheit davon aus, dass die Palästina-Frage für die Arabische Liga keine Relevanz hat. Bestätigt wurde dieser Eindruck von einem Interview des saudischen Kronprinzen Mohammad bin Salam mit *The Atlantic*. Aus palästinensischer Perspektive hat er zu Israel/Palästina

³⁵ Zuletzt (April 2018) wurden keine Gehaltszahlungen mehr übernommen. Ob der Geldtransfer verspätet erfolgt oder ausbleibt, ist derzeit unklar. Vgl. O.N., As Fatah-Hamas feud deepens, PA withholds salaries from workers in Gaza, Times of Israel, 09.04.2018 [https://bit.ly/2HfQdUc].

³⁶ Telefoninterview (Frings) mit Ramez Ghoul, 12.04.2018.

³⁷ Skype-Interview (Frings) mit den Protestorganisatoren Salah Abdel Atty/Isam Hammad (Gaza), 12.04.2018.

³⁸ Telefoninterview (Frings) mit Ramez Ghoul, 12.04.2018.

³⁹ Muhammad Shehada, Marching in Gaza, my brother risks death – to feel free, Haaretz, 09.04.2018 [https://bit.ly/2v5bgE5].

⁴⁰ Muhammad Shehada, Haaretz, 09.04.2018.

⁴¹ Skype-Interview (Frings) mit den Protestorganisatoren, 12.04.2018.

⁴² Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

April 2018

www.kas.de/ramallah

www.kas.de/israel

nichts Neues gesagt. Er erinnerte lediglich an die 16 Jahre alte Arabische Friedensinitiative, die Israel diplomatische Anerkennung seitens der Araber in Aussicht stellt, sollte es zuvor gelingen, einen unabhängigen Staat Palästina auszurufen. Indes überraschte die Taktung dieser erneuerten Offerte: das Interview erschien nur wenige Tage nach den tödlichsten Zwischenfällen auf palästinensischem Boden seit vier Jahren.⁴³ Der empfundene Mangel arabischer Solidarität hat schon in der Vergangenheit palästinensische Proteste befeuert. Er ist somit nicht ursächlich, aber trägt nicht unerheblich zu den Unruhen bei.

Dabei beschränkt man sich nicht allein auf die Palästinenser außerhalb Gazas:⁴⁴ Politisch wird man darauf setzen, dass die Proteste den Handelnden in Ramallah und Kairo das Erfordernis eines tragbaren Versöhnungsabkommen vor Augen zu führen.

Ein Ende ist vorerst nicht in Sicht

Obwohl die Proteste von Gaza ausgehen, erlebte das Westjordanland bereits einen kollektiven Tag der Trauer (31. März) und vereinzelte Solidaritätsdemonstrationen am zweiten Protestwochenende. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch die übrigen Teile der Palästinensischen Gebiete zur Bühne von Ausschreitungen werden, steigt mit dem Eskalationspotenzial der kommenden Wochen, den Vernetzungsfähigkeiten der Organisatoren und dem gerade wachsenden Eindruck, die Palästinenser werden zur Zielscheibe unverhältnismäßiger israelischer Gewalt. Mit einer Fortsetzung der Proteste stellt man in Gaza sicher, dass die Entscheidungsträger in Ramallah (und Kairo) das Erfordernis eines tragbaren Versöhnungsabkommens nicht aus dem Blick verlieren.

Die israelischen Sicherheitskräfte dagegen wappnen sich dieser Tage ihrerseits für die neuerlich bevorstehenden Freitagsdemonstrationen an der Grenze zwischen Gaza und

Israel. Und auch aus Perspektive Israels sind Zeichen der Entspannung derzeit nicht in Sicht. Israel wird weiter, wie Premierminister Benjamin Netanjahu es formuliert hat, „mit Entschlossenheit handeln, um seine Souveränität und die Sicherheit seiner Bürger zu schützen.“⁴⁵

⁴³ Das Interview mit Mohammad bin Salam ist online abrufbar, The Atlantic, 02.04.2018 [<https://theatlantic.com/story/2018/04/02/mohammad-bin-salam-interview/>].

⁴⁴ Rami Younis, Gaza 'Return March' organizer: 'We'll ensure it doesn't escalate to violence – on our end', +972, 27.03.2018 [<https://bit.ly/2GB1bU2>].

⁴⁵ Staff, Toi, Netanyahu hails troops on Gaza border, says Israel acts firmly to defend itself, *Times of Israel*, 31.03.2018, [<https://bit.ly/2GQYQVO>].